

„Unnötiges Mehr an Bürokratie“

Mittelstandsvereinigung protestiert gegen übertriebene Regulierungswut über EU-Recht hinaus.

Buchholz (HAN). Die Einigung zwischen SPD und Union im Koalitionsausschuß zum Antidiskriminierungsgesetz, welches nun in Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz umgetauft wurde, hat den Protest der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung (MIT) hervorgerufen. „Im November 2005 haben die Parteigremien der beiden Volksparteien dem Koalitionsvertrag zugestimmt. Damit einigten sie sich darauf, die europäische Gesetzgebung bei der innerstaatlichen Umsetzung auf das Notwendige zu beschränken“, erklärt der MIT-Vorsitzende im Landkreis Harburg, Wilfried Uhlmann aus Holm-Seppensen.

Am 1. August 2006 soll nach Planung der Bundesregierung das Antidiskriminierungsgesetz in Kraft treten. Nach dem Gesetz darf im Arbeits- und Geschäftsleben niemand wegen seiner ethnischen Herkunft oder Rasse, seines Geschlechts oder Alters, seiner Behinderung, sexuellen Orientierung, Religion oder Weltanschauung benachteiligt werden. „Das Gesetz geht im Zivilrecht weit über die EU-Vorgaben hinaus. Dies bedeutet nicht zuletzt auch für den Mittelstand im

Kreis Harburg-Land wieder ein Mehr an Bürokratie und Regulierung“, meint Uhlmann.

Nach Auffassung der MIT Harburg-Land bietet die deutsche Gesetzgebung bereits heute hinreichenden Schutz vor Diskriminierung. „Wenn über die EU-Vorgaben hinaus nun weitere Benachteiligungsgruppen in das Gesetz aufgenommen werden sollen, findet sich in Zukunft nahezu für jeden eine passende Schublade, um sich als unterdrückte Minderheit auszugeben“, sagt Uhlmann. Die MIT Harburg-Land fordert daher die erneute Überarbeitung der Gesetzespläne im Sinne der Vereinbarungen aus dem Koalitionsvertrag und einer ausschließlichen Orientierung an der 1:1-Umsetzung von EU-Recht.

Insbesondere protestiert die MIT gegen das Verbandsklagerecht für Betriebsräte und Gewerkschaften. Diese können einen Arbeitnehmer vertreten oder an sie abgetretene Ansprüche der Arbeitnehmer in eigenem Namen einklagen. Auf die Zustimmung des Beschäftigten kommt es dabei nicht an. „Die EU-Richtlinien sehen dieses Verbandsklagerecht nicht vor. Wieder einmal reguliert die deutsche Politik über das tatsächlich Notwendige hinaus. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der aktuellen Bemühungen zum Bürokratieabbau absurd“, meint Uhlmann.

„Fatales Signal für Mini-Jobs“

MIT kontra Bundesregierung

Harburg (HAN). Die Mittelstandsvereinigung der CDU (MIT) hält die auf Vorschlag von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) von der Bundesregierung beschlossene Erhöhung der Pauschalabgabe auf geringfügige Beschäftigungsverhältnisse für ein fatales arbeitsmarktpolitisches Signal. Diese rein fiskalische Maßnahme wird sich nach Ansicht der MIT negativ auf den Arbeitsmarkt auswirken und viele Arbeitsplätze kosten.

Betriebe sollen nun nach Beschluß der Bundesregierung ab 1. Juli höhere Abgaben für Mini-Jobs zahlen – 30 statt bisher 25 Prozent. „Wenn Arbeit teurer wird, wird es davon weniger geben“, erklärt Wilfried Uhlmann, MIT-Vorsitzender des Kreises

Harburg-Land. „Der von Bundesfinanzminister Steinbrück herbeigeführte Beschluß der Bundesregierung ist nicht nachvollziehbar, konterkariert er doch die Bemühungen für mehr Beschäftigung und Wachstum“, so Uhlmann. Die MIT erinnert in diesem Zusammenhang daran, daß die abgabenbegünstigten Minijobs einst eigens dafür eingerichtet wurden, um Stellen für einfa-

che Tätigkeiten zu schaffen. „Vor allem für geringqualifizierte Arbeitnehmer und Arbeitssuchende auch bei uns im Landkreis wird die Verteuerung der Mini-Jobs schwerwiegende Konsequenzen haben“, befürchtet Uhlmann. Nach Auffassung der MIT muß man davon ausgehen, daß viele Betriebe die höheren Kosten auf die Mini-Jobber selbst abwälzen werden. Zudem werde sich das Angebot an Arbeitsplätzen für Geringqualifizierte verringern.

„Wir kritisieren, daß es dem

Bundesfinanzminister offensichtlich nur um Haushaltsumverteilung und Mehreinnahmen für den Bundeshaushalt geht“, so Uhlmann. Nach Plänen von Steinbrück sollen die Mehreinnahmen

nämlich den Renten- und Krankenversicherungen zugute kommen und somit den Bund von Zuschüssen für die Sozialkasse entlasten. „Diese Rechnung wird nicht aufgehen. Denn nach der Verteuerung der Mini-Jobs wird die Zahl der Mini-Jobber zurückgehen, womit die Einnahmen für den Bundeshaushalt ausfallen und im Zweifel eine noch größere Lücke reißen werden“, warnt Uhlmann.

Zum 1. Juli soll die Pauschalabgabe auf Minijobs von 25 auf 30 Prozent steigen.

HAN
12.5.2006